



Offener Brief zum Umgang mit der Corona-Pandemie

Greifswald, den 09. April 2020

Lieber Olaf Scholz,

die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie erfüllen auch den Ortsverein Greifswald mit Sorge. Insbesondere sind es zwei Themen, die uns beschäftigen, und bei denen wir die Ministerinnen und Minister der SPD um Beachtung bitten möchten:

1. Soforthilfen im Inland

Viele Unternehmen sind durch den derzeitigen *Shutdown* und die damit verbundenen gegenwärtigen Sicherheitsmaßnahmen im Kampf gegen das Coronavirus ökonomisch stark beeinträchtigt. Aber auch die langfristigen Folgen der sozialen Distanzierung treffen zahlreiche Bereiche besonders schwer. Dazu zählen besonders Tourismus, Einzelhandel, Gastronomie, sowie Veranstaltungen mit Publikumsverkehr aller Art.

Die Bewilligung und zeitnahe Auszahlung der staatlichen Soforthilfen sind lobenswerte und sinnvolle Maßnahmen, um diesem Umstand entgegenzuwirken.

Die aktuell gültige Verfahrensweise sieht jedoch vor, dass die ausgezahlten Zuschüsse im nächsten Jahr als Ertrag besteuert werden. Der Ortsverein Greifswald betrachtet diese nachträgliche Besteuerung der Soforthilfen als problematisch. Es ist anzunehmen, dass die Zuschüsse – unabhängig von ihrer Höhe – von Unternehmen beantragt werden, deren Fortbestehen derzeit bedroht ist. Dementsprechend erscheint es unlogisch, diesen Unternehmen zunächst mit finanziellen Mitteln zu helfen, im nächsten Jahr aber diesen Zuschuss vollumfänglich zu besteuern. Bei dieser ausgleichenden Hilfsmaßnahme kann wohl kaum von einem wirtschaftlichen Gewinn die Rede sein.

Die Mitglieder des Ortsvereins sprechen sich daher für die Steuerfreiheit dieser Soforthilfen aus und bitten entsprechend zu handeln. Das wäre ein Zeichen der gesamtgesellschaftlichen Solidarität und käme allen betroffenen Unternehmen gleichermaßen zugute.

2. Soforthilfen in Europa

Als Mitglieder im Ortsverein Greifswald sorgen wir uns um den Zusammenhalt der Europäischen Union. Dieser Zusammenhalt wird gegenwärtig nicht nur durch die akute Belastung der europäischen Gesundheitssysteme, sondern auch der Finanzen in den europäischen Ländern äußerst gefährdet.

Wir erkennen an, dass die Bundesregierung und damit auch die sozialdemokratischen Minister und Ministerinnen den Ernst der Lage erkannt haben und dies uns auch vermitteln. Besser als die von den SPD-Ministern in bisherigen Veröffentlichungen genannten Finanzierungsinstrumente ist jedoch eine gemeinschaftliche Haftung der Union für Schulden geeignet, um den Zusammenhalt Europas sichtbar zu machen. Hierbei soll es nur um solche Schulden gehen, die jetzt zur Bekämpfung der Gesundheits- und der Finanzkrise neu und zeitlich befristet eingegangen werden. Die akute Belastung für Spanien und Italien ist nicht durch haushälterische Fehler ausgelöst worden, sondern durch die Katastrophe der Corona Pandemie. Die Schwächung der Gesundheitssysteme dieser Länder hingegen ist eine Folge der nach der Bankenkrise von 2008 erzwungenen Sparpolitik. Wenn wir hier nicht umfassend und schnell helfen, wird die Erinnerung an diese verweigerter Hilfe das Ende der europäischen Integration und den sichtbaren Beginn eines Auseinanderdriftens der EU-Staaten markieren. Dass dies weiterer Auftrieb für die Europafeinde in den Mitgliedsländern sein wird, kann nicht deutlich genug betont werden. Umgekehrt wird eine finanzielle Hilfe, die geleistet wird, durch die Empfängerländer nicht vergessen werden. Jetzt mit Großmut zu handeln, ist nicht Ideologie, sondern Psychologie.

Wir appellieren daher an Euch, jetzt einen weiteren Schritt zu tun, um die Solidarität innerhalb der europäischen Union durch die Bereitschaft zur Ausgabe von Schuldverschreibungen der Union oder der Eurozone – Coronabonds – zu demonstrieren. Dies wäre in diesen, auch politisch, unruhigen Zeiten ein dringend notwendiger symbolischer Akt der Solidarität, den nur Deutschland in dieser Form stemmen kann.

Wir bitten Euch daher, in beiden genannten Punkten entsprechend zu entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Hosang

Vorsitzender der SPD Greifswald